

RUNDBRIEF

HERMANN GRÖHE AKTUELL

Beachten Sie bitte
die weiterführenden
Links ►►
in den Texten!

CDU

INFORMATIONEN AUS DEM WAHLKREIS UND BERLIN

Nummer 20 | 24. November 2017

Foto: BMG | Jochen Zick (action press)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Verantwortung zu übernehmen, ist eine hohe Tugend – vor allem bei besonderen Herausforderungen. Die Lage im politischen Berlin nach der Bundestagswahl vom 24. September ist durch die Entscheidung der FDP, die Sondierungsgespräche mit Union und Bündnis 90/Die Grünen zur Bildung einer neuen Bundesregierung abbrechen, nicht einfacher geworden ►►. Die Beendigung der Gespräche durch die Liberalen ist umso bedauerlicher, da gute Vereinbarungen z. B. in den Bereichen Familie, Klimaschutz und Landwirtschaft zwischen allen Beteiligten bereits erzielt waren und die Verhandlungen auch mit Blick auf Fragen zu Flucht und Migration vorankamen ►►.

Gegenwärtig herrscht eine neue Situation: Die Bildung der nächsten Bundesregierung wird durch die Entscheidung der FDP zu einer großen Aufgabe. Deshalb war es besonders wichtig, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einmal mehr umsichtig reagiert und bereits unmittelbar nach dem Gesprächsabbruch durch die FDP betont hat, alles dafür zu tun, unser Land „auch durch diese schwierigen Wochen gut“ zu führen. Zugleich hob die Kanzlerin hervor, die Union gegebenenfalls auch im Falle von Neuwahlen erneut in den Wahlkampf zu führen.

Nachdem sich die SPD bereits am Abend der Bundestagswahl jedem Gespräch verweigerte und keinerlei Bereitschaft zeigte, Verantwortung zu übernehmen, sollten sich die Sozialdemokraten jetzt die eindringlichen Worte von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier vom letzten Montag besonders zu Herzen nehmen: „Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält.“ ►►

Zudem hat Volker Kauder als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion richtigerweise bekräftigt: „Auf uns als Union von CDU und CSU kommt es jetzt an.“ ►►

Mehr denn je gilt: Angela Merkel und die Union stehen für die Vernunft und Stabilität, die Deutschland jetzt braucht!

Herzliche Grüße aus Berlin

„NEUSSER STADTGESPRÄCH“ MIT DR. PETRA BAHR

Rückblick auf das Reformationsjubiläum, zuversichtlicher Ausblick in die Zukunft: „Mensch, Gesellschaft und Ideale – Was lehrt uns ‚500 Jahre Reformation‘?“ So lautete der Titel des Vortrags von Landessuperintendentin Dr. Petra Bahr (Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers) beim „Neusser Stadtgespräch“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), das am 18. November unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Hermann Gröhe stattfand. Auf der sehr gut besuchten Veranstaltung in der Neusser Dietrich-Bonhoeffer-Kirche wurde in der Rede der hannoverschen Regionalbischöfin und unter der Moderation der Neusser Kulturdezernentin Dr. Christiane Zangs im anschließenden Gespräch mit den Gästen deutlich, dass das Reformationsjubiläum wegweisende Bedeutung hat. „Die Zukunft der Reformation liegt immer noch vor uns“, betonte Landessuperintendentin Bahr, die in ihrem Vortrag 16 Thesen aufgestellt hatte und zudem mit Zuversicht auf die weitere kirchliche Entwicklung und das Verhältnis der Kirchen untereinander vorausblickte.

Einen Bericht der Neuß-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) zur Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung finden Sie hier ►►. Der Veranstaltungsbericht der KAS ist hier ►► einsehbar.



Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung

EUROPÄISCHER ANTIBIOTIKATAG

Klare Worte von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe anlässlich des Europäischen Antibiotikages am 18. November: „Wenn Antibiotika nicht mehr wirken, bricht eine tragende Säule unserer Gesundheitsversorgung weg. Im Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen ist entscheidend, dass Antibiotika nur dann eingesetzt werden, wenn es medizinisch erforderlich ist. Deshalb ist es wichtig, die Fortbildung für medizinisches Personal und das öffentliche Bewusstsein weiter zu stärken. Die Antibiotika-Verbrauchs-Überwachung des Robert Koch-Instituts liefert wertvolle Vergleichsdaten für Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen, um den Einsatz von Antibiotika immer wieder kritisch zu hinterfragen.“ – Das Robert Koch-Institut (RKI) bietet mit der Antibiotika-Verbrauchs-Surveillance (AVS) ab dieser Woche erstmals allen Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen die Möglichkeit, ihren Antibiotikaverbrauch mit Referenzdaten zu vergleichen. Die Daten können über eine interaktive Datenbank abgerufen werden. In Zusammenarbeit mit dem Nationalen Referenzzentrum für die Surveillance von nosokomialen Infektionen (NRZ) hat das RKI die AVS für den stationären Sektor aufgebaut. Nach einer Pilotphase 2014 läuft AVS seit 2015 im Routinebetrieb. Bisher haben sich mehr als 300 Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken angemeldet, 190 Einrichtungen liefern Daten. Neben der Verbrauchs-Surveillance führt das RKI auch eine Antibiotika-Resistenz-Surveillance (ARS) durch, mit der Kliniken und niedergelassene Ärzte die Resistenzentwicklung vor Ort verfolgen und ihre Verordnung anpassen können. AVS und ARS sind wichtige Voraussetzungen für Strategien zum umsichtigen Einsatz von Antibiotika in Kliniken.

Hintergrundinformationen zum Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen und zur Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART 2020), mit der Deutschland international eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung eingenommen hat, finden Sie hier ►► auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit.

Mein Wahlkreis

Dormagen, Grevenbroich
Neuss, Rommerskirchen

Meine Ziele im Wahlkreis

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22777321

E-Mail: hermann.groeh@bundestag.de



www.hermann-groeh.de

BMG: FÖRDERUNG DER COCHRANE DEUTSCHLAND STIFTUNG

Das Bundesministerium für Gesundheit fördert seit der vorletzten Woche die deutsche Vertretung der Cochrane Collaboration in Freiburg, die Cochrane Deutschland Stiftung, mit jährlich bis zu einer Million Euro. „Wir brauchen unabhängige Forschung, die den Stand der Erkenntnisse immer wieder wissenschaftlich auf den Prüfstand stellt und uns so verlässliche Informationen über die besten Behandlungsmethoden liefert. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass der Bund die Arbeit von Cochrane in Deutschland mit der Cochrane Deutschland Stiftung endlich nachhaltig fördern kann“, betonte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe mit Blick auf die neu begonnene Fördermaßnahme.

Die Cochrane Collaboration ist ein globales unabhängiges Netzwerk von klinischen Forscherinnen und Forschern, Ärztinnen und Ärzten, weiteren Angehörigen der Gesundheitsfachberufe sowie von Patientinnen und Patienten. Cochrane erarbeitet unabhängige, verlässliche und öffentlich zugängliche Gesundheitsinformationen. Für Ärztinnen und Ärzte sind die Cochrane-Arbeiten eine wichtige Informationsquelle. Außerdem leisten die in Freiburg durchgeführten Schulungen und Workshops bedeutsame Beiträge zur Verbreitung der Kenntnisse über Inhalte und Methodik der evidenzbasierten Medizin. Ziel der evidenzbasierten Medizin ist es, dass in erster Linie solche Therapien eingesetzt werden, deren Wirksamkeit und Nutzen durch hochwertige wissenschaftliche Studien belegt wurden. So wird die Qualität der medizinischen Versorgung weiter verbessert. Um eine dauerhafte Sicherung der wichtigen Arbeiten von Cochrane zu gewährleisten, wurde am 26. Oktober 2017 die unabhängige und gemeinnützige Cochrane Deutschland Stiftung in Freiburg gegründet. Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung ist derzeit Professor Gerd Antes.

Die Website der Cochrane Deutschland Stiftung finden Sie hier ►►.



Zuverlässige Evidenz.
Informierte Entscheidungen.
Bessere Gesundheit.

4. TAGUNG DER 12. SYNODE DER EKD

Reise nach Bonn aufgrund des zweiten „Parlamentsmandats“: Am 12. November wurde die 4. Tagung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit einem Gottesdienst feierlich eröffnet. Zu diesem Anlass war auch Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe angereist, der seit 1997 als Mitglied des Kirchenparlaments Verantwortung für die EKD über-



Foto: privat

nimmt und die Synode daher als „ein wichtiges Stück Heimat“ bezeichnet. Das Schwerpunktthema der Synodentagung lautete „Zukunft auf gutem Grund“. In dem entsprechenden Synoden-Beschluss wurden bis zum 15. November wichtige Aufgaben für die zukünftige Gestaltung der Kirche benannt. Neben einer Vertiefung der Ökumene und der Förderung neuer Beteiligungsformen gehört dazu auch die Weiterentwicklung zeitgemäßer Kommunikationsformen. „Die Frage nach Gott wird heute anders gestellt als noch vor 20 Jahren“, verdeutlichte Bundesministerin a. D. Irmgard Schwaetzer als Präses der Synode und betonte mit Blick auf die gesamte Tagung der Synode: „Die Diskussionen in Bonn haben uns vor Augen geführt, wie viel Kreativität und Potential für neue Formen und Begegnungen es auf allen Ebenen unserer Kirche gibt.“ Erste konkrete Vorhaben zur Lösung der benannten Aufgaben brachte die Synode deshalb bereits in Bonn auf den Weg. So beschloss die Synode, bis zur nächsten Tagung Strukturen für einen digitalen Aufbruch der Kirche zu entwickeln. Zudem stimmte die Synode zu, die „Konfi-Camps“ in Wittenberg auch in Zukunft weiterzuführen. Wegweisend für die Kirche ist auch das Thema für die nächste Synodentagung: Im kommenden Jahr will sich die EKD-Synode vor allem mit den „Lebenswelten der Jugend“ beschäftigen.

Hintergrundinformationen zur Arbeit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland finden Sie hier ►► auf der Website der EKD.

Neues aus dem Parlament

Die Handlungsfähigkeit des Parlaments ist trotz nicht einfacher Umstände bei der Bildung einer neuen Bundesregierung natürlich gewährleistet: Der Deutsche Bundestag hat in seiner zweiten Sitzung am vergangenen Dienstag mit breiter Mehrheit einen Hauptausschuss, einen Petitionsausschuss sowie einen Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung eingesetzt. Gegen das Votum der Linken nahm das Parlament einen gemeinsamen Antrag aller übrigen Bundestagsfraktionen an.

Ein so genannter Hauptausschuss war erstmals zu Beginn der vergangenen Wahlperiode eingesetzt worden – mit insgesamt 47 Mitgliedern und unter Vorsitz des damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert. Die Aufgabe des Ausschusses bestand damals und besteht auch in diesem Herbst darin, stellvertretend für die noch nicht eingesetzten ständigen Ausschüsse Vorlagen zu beraten und zudem Beschlussempfehlungen für das Plenum auszuarbeiten ►►. Die Arbeit des Ausschusses soll mit der Einsetzung der ständigen Ausschüsse beendet werden. Auch in diesem Herbst gehören dem Hauptausschuss 47 Bundestagsabgeordnete an, wobei die Unionsparteien mit 17 die meisten Mitglieder stellen.

Neben dem Hauptausschuss haben sich in dieser Woche auch ein Petitionsausschuss und ein Geschäftsausschuss konstituiert. Beiden Ausschüssen gehören bis auf weiteres neun ordentliche und neun stellvertretende Mitglieder an. Insbesondere die Arbeit des Petitionsausschusses des Parlaments ist für die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin von besonderer Bedeutung: Nach Artikel 45c des Grundgesetzes obliegt dem Petitionsausschuss die Behandlung von Bitten und Beschwerden, die an den Bundestag gerichtet werden.

Termine

► **27. November 2017**
Sitzung des Bundesvorstands der CDU Deutschlands, Berlin.

► **30. November 2017**
„Phoenix Treff 2017“, Berlin.

► **4. Dezember 2017**
Sitzungen des Geschäftsführenden Landesvorstands und des Landesvorstands der CDU Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.